

**Plusminus: Die Parteien - und mein Geld**  
**Folge 4: Rente**

**Autor: Michael Houben**

**Kamera: Marc Voigt, Fabian Posern**

**Schnitt: Julia Kraetzig**

**Länge: 6:36 Letzte Worte: ... hat am Ende der Wähler**

Noch knapp 4 Wochen bis zur Wahl - und bei PIUSMINUS zeigen wir ihnen jede Woche, was die Parteien uns, den Wählern, versprechen. Insbesondere wenn es um unser Geld geht. Unser Geld, das ist im alter 'unsere Rente' Immer weniger junge Menschen müssen immer mehr Ältere finanzieren. Wie soll das gehen? Immer mehr Menschen bekommen nur kleine Rente, die kaum zum leben reicht - was könnte man daran ändern ? Weiter wie bisher ? Oder haben die Parteien mehr zu bieten ?

0.08 Die Parteien  
Und mein Geld !

0.12 Unser Wahlstand steht heute in Leipzig,  
wir fragen Wähler: Was glauben Sie?  
Was will welche Partei in Sachen Rente?

Wer will weiter machen, wie aktuell  
beschlossen?

0.22 Und wer eine gesetzliche Rente wie in  
der Schweiz ?  
Oder private und betriebliche Vorsorge  
weiter ausbauen ?  
Den Wählern interessiert vor allem Wann  
man in Rente gehen darf:

**VoxPop** 0.35 Die Leute werden immer älter von daher denke bis 67 ist  
durchaus machbar" "Ich meine Da kann man auch gleich am  
Fließband ein Sarg dahinter stellen " "Ich bin Handwerker, mir  
tun jetzt schon die Knie weh, mit 54 ich weiss nicht, wie ich mit  
67 noch arbeiten soll" "Ich halt das für unmöglich"

0.52 Beim Renteneintrittsalter halten die  
Koalitionsparteien an den 67 Jahren fest  
- wer eher geht, bekommt weniger.

Die FDP will Rente ab 60 erlauben – dann aber mit 25 Prozent Kürzung.

1.06 Die SPD bleibt auch bei 67, will aber weiterhin auch frühere Rente ohne Abzüge: wenn 45 Jahre Beitrag gezahlt wurde.

1.15 Auch GRÜNE wollen Rente mit 67, ab 63 soll aber bei medizinische Gründen auf Kürzung verzichtet werden.

1.32 Nur die Linke will das Rentenalter wieder auf 65 Jahre senken.

1.30 Zwei Experten bewerten die Pläne:  
Als erstes ein arbeitgebernaher Verteidiger der höheren Altersgrenze.

**O-Ton**

1.37 **Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft (arbeitgebernah)**  
Die Beschäftigung der Älteren ist deutlich gestiegen. Das Renten- zugangsalter von 62 auf 64 Jahre nach oben gegangen, insofern muss man hier keine Sorge haben das es bis 2029 weitergeht. Rente mit 67 ist demografisch geboten und sie ist möglich.

1.55 Der eher arbeitnehmernahe Experte fürchtet, dass viele trotzdem früher – mit gekürzter Rente – gehen müssen.

**O-Ton**

2.03 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft. (arbeitnehmernah)**  
Wenn ich natürlich bis 67 arbeiten will bzw die Menschen gezwungen sind zu arbeiten, dann sind auch die Unternehmen, die Betriebe gezwungen altersadäquate Arbeitsplätze zu schaffen. Und da ist praktisch nichts passiert, so dass meine Sorge ist, dass die wenigsten 67 Jahre erreichen und die, die es erreichen unter schlechten Arbeitsbedingungen dies tun müssen .

2.27 Doch nicht nur bei früherem Rentenbeginn drohen Abschlüge – auch die reguläre Rente soll weiter sinken.

Das wollen fast alle Parteien.

Nur die Linke will beschlossene Kürzungen zurücknehmen.

Dabei erhält schon heute fast die Hälfte aller Neu-Rentner nur noch Harzt-4-Niveau.

Immer mehr müssen Grundsicherung beantragen - Sozialhilfe - mit Nebenjob die Rente aufbessern - immer öfter sieht man gar Rentner als Flaschensammler. Altersarmut - das zweite große Thema:

- Vox Pop 2.56 Ich selber mache private Vorsorge, ja, aber ich hab trotzdem noch schiss." " weil die Lebenshaltungskosten steigen und die Renten werden immer weniger "Altersarmut sollte es nicht geben"
- 3.18 UNION, SPD und GRÜNE sind sich scheinbar einig, wollen Mindestrente von 850 Euro - aber mit großen Unterschieden;  
Die UNION will Mindestrente nur zahlen, wenn vorher 40 Jahre lang auch Privat vorgesorgt wurde - aber hilft das?
- O-Ton 3.23 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft. (arbeitnehmernah)**  
Das reicht nicht aus, das betrifft nach meinen Rechnungen zurzeit 17.000, mehr betrifft das nicht.
- 3.29 Bei der SPD soll es reichen, 40 Jahre lang gesetzliche Beiträge gezahlt zu haben,  
bei den GRÜNEN sollen sogar 30 Jahre reichen. Ist das besser?
- O-Ton 3.39 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft. (arbeitnehmernah)**  
Die SPD und die grünen gehen da zu recht einen Schritt weiter. Aber sie koppeln das immer noch an Beitrags- und Versicherungsjahre und damit gibt es eine Risikogruppe, die da nicht erfasst wird.

3.53 Darum verspricht Die LINKE eine Mindestrente von 1050 Euro ohne Wenn und Aber.

Die FDP lehnt eine Mindestrente ab - stattdessen gäbe es Hartz 4.

Richtig! sagt Professor Hüther!

O-Ton 4.07 **Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft (arbeitgebernah)**  
Die Frage wie wir Mindesteinkommen gewährleisten im Alter wird ausserhalb der Rentenversicherung über die Grundsicherung im Alter gut gelöst und dann auch fair, für alle Lebenssituationen.

4.21 Die Rente soll im Prinzip bleiben wie sie ist - so kann man die Pläne der CDU zusammenfassen. Für die Meisten keine Überraschung.

Private und betriebliche Vorsorge stärken will die FDP.

Versicherungen sollen die gesetzliche Rentenlücke schließen.

Richtig, sagt wieder Professor Hüther:

O-Ton 4.38 **Prof. Dr. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft (arbeitgebernah)**  
Auch niedrige Einkommensbezieher haben die Möglichkeit durch die Riesterförderung entsprechende Kleinstbeiträge vorzunehmen, das sind oft nur 5 oder 10 Euro im Monat, das sollte auch dort möglich sein.

4.51 Aber

O-Ton 4.52 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft. (arbeitnehmernah)**  
Die Spareinlagen sind nur noch verzinst mit einem Prozent, Die Inflationsrate ist zwei Prozent Da könnte man sich eigentlich sagen, bevor ich in die Kapitalvorsorge gehe, lege ich es mir lieber unter die Bettkante. Und am Ende ist das - das wissen, wir haben das ja untersucht - ein richtiges Beschäftigungsprogramm beziehungsweise ein gewinnwirtschaftliches Programm der Versicherungswirtschaft.

5.12 Was es aber mit gesetzlicher Rente wie in der Schweiz auf sich hat – und wer das will – das wusste kaum einer.

Ganz einfach:

5.23 Die gesetzliche Rente der Schweiz gilt für die Opposition als Vorbild.

5.27 SPD, Grüne und Linke wollen, dass nicht nur Angestellte Rentenbeiträge zahlen, sondern auch Beamte und Selbstständige – wie in der Schweiz.

### Vox Pop

5.38 "Das fände ich sehr gut" "weil es eine mögliche Form der Gerechtigkeit ist."Wenn die auch noch in die Rente einzahlen würden, würde der Topf größer, dann hätten wir mehr Spielraum"

6.00 Mehr Spielraum gibt es in der Schweiz aber nur, weil selbst Spitzenverdiener einen festen Prozentsatz zahlen – und trotzdem am Ende jeder nur eine Rente von Maximal 2000 Euro herausbekommt.

Das will bei uns nur die Linke die deutsche 'Beitragsbemessungsgrenze' streichen – auch Spitzenverdiener sollen vollen Beitragssatz zahlen.

Aber trotzdem nur begrenzte Rente erhalten.

### O-Ton

6.12 **Prof Rudolf Hickel, Institut für Arbeit und Wirtschaft. (arbeitnehmernah)**  
Das Schweizer Modell hat einen Riesen-Vorteil, es löst das demografische Problem ohne die Beiträge zu erhöhen.

6.18 Aber:

- O-Ton 6.19 **Prof. Dr. Michael Hüther,**  
**Institut der deutschen Wirtschaft (arbeitgebernah)**  
Mit einem solchen Modell betreibt man vor allem Umverteilung,  
in einem hohen Maße von oben nach unten. Die Umverteilung  
gehört aber ins Steuersystem.
- 6.30 Auch Reiche in die Rente  
Oder doch mehr private Versicherung ?  
Die Wahl hat am Ende der Wähler.